

Nr. 16/1224

Fragestunde

1. Hängepartie um neuen Standort für die Landeszentrale für politische Bildung
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Jens Crueger, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Februar 2007
2. Bahnanbindung des Containerterminals in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Reimund Kasper, Manfred Oppermann, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 22. Februar 2007
3. Leistungsentgelte der BIG-Gruppe
Anfrage der Abgeordneten Birgit Busch, Max Liess, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 22. Februar 2007
4. Konkurrenzsituation um Ausbildungsplätze im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Bernd Ravens, Helmut Pflugradt und Fraktion der CDU vom 23. Februar 2007
5. Beendigung der Käfighaltung von Legehennen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Februar 2007
6. Krankenstand der Polizei
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Februar 2007
7. Chatten auf bremen.de
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Jens Crueger, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Februar 2007
8. Projekt „Schatzsucher“ in Gröpelingen
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Jens Crueger, Dr. Matthias Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. März 2007
9. Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund
Anfrage der Abgeordneten Helmut Pflugradt, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 5. März 2007
10. Betriebsübergreifendes Mentoring zur Förderung weiblicher Führungskräfte
Anfrage der Abgeordneten Ursula Arnold-Cramer, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 6. März 2007

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Institut für Fischereiökologie (IFÖ)
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Sybille Böschen, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 6. März 2007

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

12. Umsetzung des Frauenförderplans im Bereich Bildung
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Doris Hoch, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. März 2007

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

13. Buten & Binnen ins digitale Kabelnetz!
Anfrage der Abgeordneten Frank Schildt, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 13. März 2007

14. Institut für Fischereiökologie (IFÖ)
Anfrage der Abgeordneten Paul Bödeker, Helmut Pflugradt, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 13. März 2007

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 16/1225

Regierungserklärung zum Beginn der Verhandlungen zur Föderalismusreform II und Stand des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht

Mitteilung des Senats vom 20. März 2007
(Drucksache 16/1345)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1226

Föderalismusreform II

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 13. März 2007
(Drucksache 16/1335)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen der gemeinsamen Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen darauf hinzuwirken, dass

1. zur frühzeitigen Entdeckung und Verhinderung von Haushaltskrisen ein Präventions- bzw. Frühwarnsystem geschaffen wird, in dem
 - a) Kennziffern und Schwellenwerte definiert werden, um Haushaltsnotlagen zu identifizieren bzw. Abweichungen von der Haushaltsdisziplin erkennen zu können,
 - b) Verfahren und Maßnahmen fixiert werden, die zur Behebung von Notlage-situationen erforderlich sind; dabei muss auch eine Lösung für bereits bestehende Haushaltsnotlagen gefunden werden,
 - c) festgelegt wird, unter welchen Voraussetzungen ein Bundesland Anspruch auf Hilfe durch die bundesstaatliche Solidargemeinschaft hat,
 - d) geregelt wird, welche Institutionen für die Überwachung der Haushaltspolitik zuständig sind und mit welchen Kompetenzen diese Institutionen ausgestattet sind,
2. die von Bund und Länder verwendeten Haushaltssystematiken angeglichen werden, um ohne aufwändige statistische Bereinigungen Haushaltsvergleiche durchführen zu können; dies betrifft insbesondere die Herstellung der Vergleichbarkeit in Bezug auf ausgegliederte Einrichtungen,
3. restriktivere verfassungsrechtliche Verschuldungsregeln geschaffen werden; dabei müssen aber gleichzeitig durch Veränderungen des Finanzsystems die Bedingungen dafür geschaffen werden, dass diese strengeren Verschuldungsgrenzen auch von allen Ländern eingehalten werden können; dazu gehört insbesondere, dass ein nationaler Entschuldungsfonds geschaffen wird, um die gleichen Ausgangsbedingungen für alle Bundesländer herzustellen,

4. sich die Steuerverteilung zukünftig stärker an der Wirtschaftskraft eines Bundeslandes orientiert,
5. im Rahmen einer Gesamtverständigung auch geprüft wird, inwieweit eine höhere Steuerautonomie der Länder durch die Übertragung der Gesetzgebungskompetenz bei weiteren Ländersteuern und Zuschlagsrechte bei den Gemeinschaftssteuern möglich ist; entscheidender Maßstab für Bremen ist dabei, ob im Zusammenwirken aller Maßnahmen eine positive finanzielle Wirkung für den Stadtstaat erzielt werden kann,
6. das Finanzausgleichssystem stärker vertikal ausgestaltet wird und damit der Eigenbehalt an den Steuereinnahmen, insbesondere den Mehreinnahmen durch eine Steigerung der Wirtschaftskraft, größer wird,
7. Sonderlasten der Bundesländer aus regional stark streuenden Sonderbelastungen und bundesrechtlich vorgegebene Ausgabebedarfe sowie gesamtstaatlich bedeutsame Ausgaben für die Leistungsfähigkeit der Häfen im Ausgleichssystem berücksichtigt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist sich bewusst, dass tragfähige Lösungen für ein verändertes bundesstaatliches Finanzsystem und die dafür erforderlichen Verfassungsänderungen nur zustande kommen können, wenn eine breite Mehrheit im Bund und bei den Ländern gewonnen werden kann. Sie unterstützt den Senat deshalb bei seinem Eintreten für eine ausgewogene Gesamtlösung, bei der die unterschiedlichen Interessen von finanzstarken und finanzschwachen, großen und kleinen, alten und neuen Ländern sowie von Stadtstaaten und Flächenländern in einem Prozess des Gebens und Nehmens einfließen. So kann die zweite Stufe der Föderalismusreform zu einem Ergebnis führen, in dem dann auch die existentiellen finanziellen Interessen Bremens Berücksichtigung finden.

Nr. 16/1227

15. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2005

Mitteilung des Senats vom 28. November 2006
(Drucksache 16/1219)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 15. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2005 Kenntnis.

Nr. 16/1228

Bericht des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau zum 15. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2005 (Mitteilung des Senats vom 28. November 2006, Drs. 16/1219) vom 26. Januar 2007

(Drucksache 16/1280)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau Kenntnis.

Nr. 16/1229

Gesetz über den Vollzug der Jugendstrafe im Land Bremen (Bremisches Jugendstrafvollzugsgesetz – BremJStVollzG)

Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2007
(Drucksache 16/1283)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 16/1230

Bremisches Jugendstrafvollzugsgesetz

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Februar 2007
(Drucksache 16/1311)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 16/1231

Gesetz über den Vollzug der Jugendstrafe im Land Bremen (Bremisches Jugendstrafvollzugsgesetz – BremJStVollzG)

Bremisches Jugendstrafvollzugsgesetz

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 15. März 2007
(Drucksache 16/1343)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen zu Drucksache 16/1283 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 16/1232

Stärkung des Logistikstandorts Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 21. November 2006
(Drucksache 16/1202)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2007

(Drucksache 16/1287)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1233

Zustand der ambulanten Pflege im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 6. Dezember 2006
(Drucksache 16/1233)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2007

(Drucksache 16/1320)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1234

Bürgerschaftliches Engagement fördern – bürokratische Hemmnisse abbauen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 12. Dezember 2006
(Drucksache 16/1239)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2007

(Drucksache 16/1321)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1235

Flughafen Bremen – Entwicklungen und Perspektiven des Standorts

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 12. Dezember 2006
(Drucksache 16/1240)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2007

(Drucksache 16/1289)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1236

Jobs statt Praktika für Absolventen

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 14. Dezember 2006
(Drucksache 16/1249)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2007

(Drucksache 16/1296)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

